



## Niedersächsische Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit

### Online Newsletter Soziale Lage und Gesundheit

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute erhalten Sie die **22. Ausgabe** des Newsletters „Soziale Lage und Gesundheit“ der Niedersächsischen Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit. Dieser Newsletter erscheint in loser Reihenfolge mit Informationen zu Veranstaltungen, Studien, Projekten, Berichten und weiteren Publikationen.

Falls Sie auf eigene Veranstaltungen, Medien oder ähnliches aufmerksam machen möchten, können Sie uns gerne Informationen zukommen lassen.

Falls Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten, melden Sie sich bitte unter [sandra.exner@gesundheit-nds.de](mailto:sandra.exner@gesundheit-nds.de) und ebenso, falls Sie nicht im Verteiler sind und gerne aufgenommen werden möchten.

Ihre Niedersächsische Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit

Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V. (LVG & AFS)

#### Aus der LVG & AFS

##### **Niedersächsischer Gesundheitspreis 2017**

Bereits zum siebten Mal wird der Niedersächsische Gesundheitspreis von den Niedersächsischen Ministerien für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung sowie Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, der AOK Niedersachsen, der Apothekerkammer Niedersachsen sowie der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen ausgeschrieben. In diesem Jahr werden Beispiele guter Praxis ausgezeichnet, die auf folgende Fragestellungen Antworten finden: Wie lässt sich die Gesundheitsversorgung von Menschen in prekären Lebensverhältnissen bedürfnisgerecht und koordiniert gestalten? Wie kann die Zusammenarbeit der beteiligten Akteure in der Hospiz- und Palliativversorgung gestärkt werden? Welche mobilen Verfahren und Maßnahmen können die Gesundheitsversorgung unterstützen? Bewerbungen können bis zum 28. Juli 2017 eingereicht werden.

[\[Weiterlesen...\]](#)

##### **Veranstaltung: Das Richtige richtig machen! Anforderungen an Qualitätsentwicklung und -sicherung in der Gesundheitsförderung und Prävention | 22. August 2017, Hannover**

Angebote, Maßnahmen und Projekte im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention werden immer vielfältiger. Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung sind dabei wesentliche Faktoren, die zur Wirksamkeit und kontinuierlichen Verbesserung solcher Interventionen beitragen. Maßnahmen und Projekte professionell umzusetzen und den Fragen „Was hat es eigentlich gebracht? Und was lernen wir für die Zukunft?“ nachzugehen, liegt im großen Interesse sowohl der Praxis als auch der Fördermittelgeber. Auch das im Sommer 2015 verabschiedete „Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und Prävention (Präventionsgesetz)“ verfolgt den Anspruch, die Qualitätsentwicklung und -sicherung weiter zu fokussieren und auszubauen.

[\[Weiterlesen...\]](#)

## Aus dem Kooperationsverbund

### **Dokumentation der Satellitenveranstaltung "Fluchtpunkt Kommune"**

Die diesjährige Satellitenveranstaltung fokussierte auf das Thema "Fluchtpunkt Kommune - Perspektiven auf Gesundheitsförderung bei Geflüchteten und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte". Die Dokumentation der Veranstaltung kann nun online abgerufen werden. [\[Weiterlesen...\]](#)

### **Quartiersbezogene Gesundheitsförderung - Gesunde Quartiersentwicklung**

„Miteinander für gesunde Quartiere“ - so heißt das gemeinsame Positionspapier von empirica und dem Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit. Es wurde im Nachgang zur diesjährigen Partnerkonferenz entwickelt und greift wesentliche Erkenntnisse der Diskussion auf. Das Papier zeigt Ressourcen und Potenziale auf und gibt konkrete Anregungen für den Ausbau der Zusammenarbeit von Stadtentwicklung und Gesundheit. [\[Weiterlesen...\]](#)

## Aus Niedersachsen

### **Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement in Niedersachsen**

Mit der neuen Landesförderung in der Stadtentwicklung sollen innovative Projekte zur Förderung der Integration und der Teilhabe finanziell unterstützt werden. Im Rahmen eines Wettbewerbs wurden nun die ersten Projekte ausgewählt. [\[Weiterlesen...\]](#)

### **Modellprojekt biko: Verhütungsmittel für Frauen mit wenig Geld kostenfrei**

Frauen mit Wohnsitz in Wilhelmshaven, Landkreis Friesland, Erfurt /Artern, Halle (Saale), Lübeck, Ludwigsfelde (Landkreis Teltow-Fläming), Recklinghausen/Mar/Gladbeck und Saarbrücken mit Anspruch auf Sozialleistungen müssen die Kosten für verschreibungspflichtige Verhütungsmittel zukünftig nicht mehr selbst tragen – auch wenn sie über 20 Jahre alt sind. Diese Städte nehmen bis Ende Juni 2019 an dem bundesweiten Modellprojekt „biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung“ teil. Das Projekt wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und vom pro familia Bundesverband e.V. zusammen mit den beteiligten pro familia Beratungsstellen durchgeführt. Es ermöglicht einen niedrigschwelligen Zugang zu verschreibungspflichtigen, sicheren und gut verträglichen Verhütungsmitteln für Frauen, die wenig Geld haben. [\[Weiterlesen...\]](#)

### **Koordinierungsstelle Landesprogramm gegen Rechtsextremismus - für Demokratie und Menschenrechte**

Mit Beschluss vom 20. Juni 2016 hat die Landesregierung das „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus - für Demokratie und Menschenrechte“ verabschiedet. Mit dem Landesprogramm sollen die vielfältigen landesweiten Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und zur Förderung der Demokratie und Menschenrechte wie die Stärkung der Fachkräfte, die Hilfen zum Ausstieg, die Maßnahmen zur Verhinderung des Einstiegs in die rechte Szene, die Angehörigenunterstützung, die Vermittlung demokratischer Werte, das Engagement für Weltoffenheit in den Institutionen und der Ausbau der Opferberatung gebündelt, die Netzwerkarbeit ausgebaut und die Zivilgesellschaft stärker eingebunden werden. Es sollen Impulse für die qualitative Weiterentwicklung der bisherigen und zur Entwicklung neuer Aktivitäten gesetzt werden. Eine begleitende wissenschaftliche Evaluation wird die kontinuierliche qualitative Optimierung der niedersächsischen Projekte und Aktivitäten zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und zur Förderung der Demokratie und Menschenrechte unterstützen. [\[Weiterlesen...\]](#)

### **Gesucht: Ehrenamtliche, die Kindern Zeit schenken**

Die Stadt Braunschweig hat ein Konzept für ein Patenprojekt für Kinder und ihre Eltern in besonderen Lebenslagen erarbeitet: "Kinder stärken – Paten gewinnen". Manche Familien haben es besonders schwer durch Schicksalsschläge oder Krankheiten wie psychische Erkrankungen oder Suchterkrankungen. Wenn Eltern erkranken, leidet die ganze Familie und allen voran die Kinder. Dann ist Unterstützung von außen erforderlich. Aus der Forschung ist bekannt, dass Kinder dann mit hoch

belastenden Lebensbedingungen umgehen können, wenn sie einfühlsame, zuhörende Erwachsene in ihrem Umfeld finden, denen sie sich anvertrauen können. Dies können Nachbar\*innen, Lehrer\*innen, Angehörige, aber im Idealfall auch Pat\*innen sein.

[\[Weiterlesen...\]](#)

## **Medien**

### **Film: Geh zur J1!**

Die J1 ist eine Untersuchung, die sich direkt an Mädchen und Jungen im Alter von zwölf bis 14 Jahren richtet. Wie dieses Video. Es erklärt, was hinter der J1 steckt: Welche Untersuchungen, welche Themen und welche Chancen. Ebenfalls wird aufgezeigt, dass es sich lohnt, zur J1 zu gehen.

[\[Weiterlesen...\]](#)

### **Kultur macht stark - Kinder drehen Filmtrailer zu ihren Lieblingsbüchern**

In der Stadtbücherei Delmenhorst haben sich etwa 40 Kinder auf Entdeckungstour begeben - und sind auf viele Schätze gestoßen. Entstanden sind zehn Filmtrailer über spannende Bücher, wie zum Beispiel die Geschichte von Oskars Oma, die in Wahrheit ein Ninja ist.

[\[Weiterlesen...\]](#)

## **Berichte, Studien und Broschüren**

### **Wirksame Wege zur Verbesserung der Teilhabe- und Verwirklichungschancen von Kindern aus Familien in prekären Lebenslagen**

Die Studie "Wirksame Wege zur Verbesserung der Teilhabe- und Verwirklichungschancen von Kindern aus Familien in prekären Lebenslagen" der Heinrich-Böll-Stiftung und des Deutschen Kinderhilfswerkes mahnt föderale Reformen für eine bessere Teilhabe von Kindern in Deutschland an. Dafür wird die Verabschiedung eines Bundeskinderteilhabegesetz gefordert, das jungen Menschen aus Familien in prekären Lebenslagen einen Rechtsanspruch auf besondere Förderung und Teilhabe garantiert und konkrete Qualitätsstandards festschreibt.

[\[Weiterlesen...\]](#)

### **BLIKK Studie 2017: Übermäßiger Medienkonsum gefährdet Gesundheit von Kindern und Jugendlichen**

Die Möglichkeiten und Chancen der Digitalisierung stehen außer Frage. Doch die Digitalisierung ist nicht ohne Risiko, zumindest dann, wenn der Medienkonsum außer Kontrolle gerät: Die Zahlen internetabhängiger Jugendlicher und junger Erwachsener steigen rasant - mittlerweile gehen Expert\*innen von etwa 600.000 Internetabhängigen und 2,5 Millionen problematischen Nutzer\*innen in Deutschland aus. Mit der BLIKK-Medienstudie werden nun auch die gesundheitlichen Risiken übermäßigen Medienkonsums für Kinder immer deutlicher. Sie reichen von Fütter- und Einschlafstörungen bei Babys über Sprachentwicklungsstörungen bei Kleinkindern bis zu Konzentrationsstörungen im Grundschulalter.

[\[Weiterlesen...\]](#)

### **Wandel der Arbeitswelt lässt Altersarmut in Deutschland steigen**

Unbefristete Jobs und lange beim gleichen Arbeitgeber – für viele Deutsche normal, für viele aber auch nicht. Stattdessen kennen immer mehr Menschen nur befristete Verträge, Mini-Jobs, Phasen der Erwerbslosigkeit und niedrige Löhne. Das deutsche Rentensystem ist auf diesen Wandel der Arbeitswelt nicht ausreichend vorbereitet, das Altersarmutsrisiko steigt weiter. Der Eine hat einen befristeten Vertrag, die Andere arbeitet in Teilzeit, der Nächste ist über eine Leih- oder Zeitarbeitsfirma angestellt – und alle erhalten ein vergleichsweise niedriges Gehalt: Für viele Bürger\*innen Realität. Im Untersuchungszeitraum 2015 bis 2036 steigt für verschiedene Gruppen das Risiko, im Alter arm zu werden. Am stärksten betroffen sind alleinstehende Frauen, Niedrigqualifizierte und Langzeitarbeitslose. Das zeigt die Studie der Bertelsmann Stiftung und macht klar: Die meisten der aktuellen Rentenreformvorschläge können die steigende Altersarmut nicht stoppen, da sie nicht genau auf die besonders bedrohten Menschen und den Niedriglohnsektor eingehen.

[\[Weiterlesen...\]](#)

### **Offene Gesellschaft, Teilhabe und die Zukunft für Kinder**

Die Analyse für das Deutsche Komitee für UNICEF geht der Frage nach, welche Kinder und Jugendlichen in Deutschland durch materielle und soziale Faktoren in ihren

Entwicklungsmöglichkeiten besonders benachteiligt sind. Ebenfalls werden Vorschläge für eine inklusive Politik für alle Kinder entwickelt .

[\[Weiterlesen...\]](#)

### **Diskriminierung in Deutschland**

In dieser umfassenden Gesamtdarstellung hat die Antidiskriminierungsstelle des Bundes erstmals systematisch dargelegt, wo Diskriminierung in Deutschland auftritt und welche Personengruppen besonders betroffen sind. So treten bei der Arbeitsvermittlung in Deutschland teils gravierende Diskriminierungsrisiken auf. Dem Bericht ebenfalls zugrunde liegen die Ergebnisse der Großerhebung „Diskriminierungserfahrungen in Deutschland“.

[\[Weiterlesen...\]](#)

## **Aus der Politik**

### **"Jeder braucht ein Stück vom Kuchen" - Charta für eine gerechte Sozialpolitik**

Deutschland wählt - im September einen neuen Bundestag, im Januar 2018 dann folgt die Landtagswahl in Niedersachsen. Doch was erwarten wir als sozialpolitische Verbände von den politischen Entscheidern? Anlässlich der Bundestagswahl 2017 geben Caritas und Diakonie in Niedersachsen zum zweiten Mal ihre Sozialcharta heraus. "Jeder braucht ein Stück vom Kuchen" - unter diesem Motto setzen wir uns für eine gerechtere Gesellschaft in Niedersachsen ein.

[\[Weiterlesen...\]](#)

### **pro familia baut Fachdialognetz für schwangere, geflüchtete Frauen auf**

Das Modellprojekt des pro familia Bundesverbands zielt auf die Vernetzung von Fachkräften, die schwangere, geflüchtete Frauen in ihren ganz unterschiedlichen Bedarfen unterstützen. Das Fachdialognetz wird für drei Jahre vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert. Im Rahmen des Modellprojekts baut pro familia in acht Bundesländern Fachinformations- und Vernetzungsstellen auf. Anfang Mai nahmen die pro familia Fachkoordinatorinnen vor Ort ihre Arbeit auf. Sie identifizieren und bündeln bereits bestehende Hilfe- und Beratungsangebote für schwangere, geflüchtete Frauen und vernetzen Fachkräfte sowie ehrenamtlich Tätige in diesem Bereich. Auf dem Weg des Fachdialogs können Angebote für schwangere, geflüchtete Frauen verbessert und den Betroffenen schneller zugänglich gemacht werden.

[\[Weiterlesen...\]](#)

### **Cum-Ex: Die Kriminellen tragen Maßanzug**

Um mehr als 31 Milliarden Euro wurden die deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler durch sogenannte „Cum-Ex“ und „Cum-Cum“ Finanzgeschäfte betrogen. Das sind 31 Milliarden Euro, die für Schulen, Kinderbetreuung und Straßensanierungen bis heute fehlen. Der DGB-klartext fordert endlich klare Regelungen, um diese Geschäfte und andere Steuertricks zu unterbinden.

[\[Weiterlesen...\]](#)

### **Kinderarmut ist das Gegenteil von Chancengleichheit**

Barbara Eschen, Sprecherin der Nationalen Armutskonferenz und Direktorin der Diakonie Berlin-Brandenburg sagt: „Kinderarmut ist die Armut der Kinder armer Erwachsener. In Deutschland leben drei Millionen Kinder und Jugendliche in Armut. Das ist eine absolut bittere Erfahrung für sie. Die Kinder und Jugendlichen werden auf dem Schulhof wegen schlechterer Kleidung gehänselt. Sie bekommen von den anstehenden Hausaufgaben nichts mit, weil das Handy für die schulische WhatsApp-Gruppe fehlt.“ Die Nationale Armutskonferenz hat gemeinsam mit weiteren Verbänden einen Appell an die Parteien zur Bundestagswahl gestartet. Bisher haben über 36.000 Menschen den Aufruf unterzeichnet. Mit dem Aufruf soll Druck auf die Parteien im Bundestagswahlkampf gemacht werden.

[\[Weiterlesen...\]](#)

### **Die nationale Armutskonferenz stellt vor: Gesundheitspolitische Eckpunkte zur Bundestagswahl 2017**

Menschen mit geringen finanziellen Möglichkeiten leiden in existenzieller Weise an den hohen Ausgaben ihrer Gesundheit, die sie aus ihren nicht bedarfsdeckenden SGB-II- bzw. SGB-XII-Leistungen bestreiten müssen. Gesundheitliche Ausgaben stellen Menschen mit geringem Einkommen vor unüberwindbare Finanzierungsprobleme. Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht (§12 UN-Sozialpakt) und darf nicht an den finanziellen Mitteln Einzelner scheitern. Aus diesem Grund muss es für einkommensarme Menschen eine vollständige Kostenbefreiung bei der Gesundheitsversorgung geben. In wechselnden Koalitionen bemüht sich die Politik seit 30 Jahren die Kosten für die GKV trotz steigender Bedarfe zu begrenzen. Künftige Beitragssatzerhöhungen müssen die Arbeitnehmer alleine finanzieren, der Arbeitgeberanteil ist eingefroren. Die gesetzlichen Krankenkassen können zudem Zusatzbeiträge in unbegrenzter Höhe von ihren Versicherten verlangen. Eine solidarische Finanzierung der Gesundheitsversorgung ist das längst nicht mehr. Tatsächlich stellt die einseitige Erhöhung der Beiträge eine Lohnkürzung dar, so findet, für Viele oft unbemerkt, eine Umverteilung von unten nach oben statt.

[\[Weiterlesen...\]](#)

### **Alter Wein in neuen Schläuchen? Integrationskonzepte vor der Bundestagswahl**

Zehn Thesen zur Leitkultur von Bundesinnenminister Thomas de Maizière oder 15 Thesen der "Initiative kulturelle Integration"? Wer sich in Anbetracht dieser politischen Ideen, dieser unterschiedlichen "Frames", um 20 oder gelegentlich sogar um 40 Jahre zurückversetzt fühlt, den trägt die Erinnerung nicht. Rückführung und Doppelpass, Arbeitsmarktintegration und Wertedebatte: Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl wird erneut um Konzepte von Integration gerungen. Die Integrationsdebatte bewegt sich spiralförmig, kreist in sich wandelnden, aber auch wiederholenden Interpretationen von "Integration". Sie dreht sich um die immer selben Grundfragen: Wen wollen wir integrieren – und wen nicht? Wer soll zu uns gehören? Auf welche Weise und in welchen Bereichen soll Integration erfolgen? Wie gelingt Integration am besten, was steht an ihrem Beginn und was an ihrem Ende?

[\[Weiterlesen...\]](#)

### **"Zukunft gestalten - Verantwortung übernehmen" Youth 20 Dialogue stellt Forderungen der Jugend an die Regierenden vor**

Vor dem Beginn des G20-Gipfels in Hamburg hatten diejenigen das Wort, deren Zukunft entscheidend vom Handeln der G20-Staats- und Regierungschefs abhängt: Junge Menschen. Im Kanzleramt stellten die 68 Teilnehmenden des internationalen Jugendgipfels „Youth 20 Dialogue“ ihre Ideen und Forderungen vor. Mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Bundesjugendministerin Dr. Katarina Barley diskutierten sie, wie die globalen Herausforderungen unserer Zeit zu meistern und zu gestalten sind.

[\[Weiterlesen...\]](#)

### **Opposition rechnet mit Kinder- und Jugendpolitik der Regierung ab**

Linke und Grüne haben die Debatte zum Kinder- und Jugendbericht (18/11050) zu einer Abrechnung mit der Kinder- und Jugendpolitik der Bundesregierung genutzt: Diese habe im Grunde nicht stattgefunden, monierten die Oppositionsabgeordneten am Freitag, 23. Juni 2017. Gegenstand der Debatte war auch der Siebte Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik (18/10210). In der Debatte zeigt sich die Große Koalition durchaus zufrieden mit ihrer Bilanz: So sagte die neue Bundesfamilienministerin Dr. Katarina Barley (SPD), die junge Generation sei eine, „auf die wir uns freuen können“ - sie sei „engagiert, motiviert, interessiert“. Gleichzeitig seien auch die Älteren in Deutschland „so aktiv wie nie“.

[\[Weiterlesen...\]](#)

### **Auftakt zur Gründung des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung**

Mit dem Aufbau eines Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung soll bundesweit eine Forschungsinfrastruktur geschaffen werden, um Integration aktiv zu gestalten. Bundesfamilienministerin Dr. Katarina Barley und der Regierende Bürgermeister von Berlin Michael Müller haben am 28. Juni 2017 den Auftakt zur Gründung und zum Aufbau des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) gegeben. Bis Ende des Jahres wird das Bundesfamilienministerium ein Institut in Berlin und ein bundesweites Netzwerk von Forschungseinrichtungen aufbauen. Diese werden die zwei Säulen des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung bilden.

[\[Weiterlesen...\]](#)

### **Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit tritt in Kraft**

Das Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen ist zum 6. Juli 2017 in Kraft getreten. Es soll Frauen dabei unterstützen, ihren Anspruch auf gleiches Entgelt bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit künftig besser durchzusetzen.

[\[Weiterlesen...\]](#)

### **Kinderarmut bekämpfen - übergreifenden Aktionsplan auf den Weg bringen**

In einer gemeinsamen Pressemitteilung fordern die Familienverbände der AGF und das Deutsche Kinderhilfswerk anlässlich der Bundestagsdebatte über den 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung einen umfassenden, ressortübergreifenden Aktionsplan zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland. In einem gemeinsamen Brief an die Partei- und Fraktionsvorsitzenden von CDU, CSU, SPD, Linken und Grünen sowie an Bundessozialministerin Andrea Nahles und Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig appellieren die Verbände eindringlich, die Bekämpfung der Kinderarmut zu einer politischen Aufgabe ersten Ranges zu machen, die auch nach der Bundestagswahl Bestand hat.

[\[Weiterlesen...\]](#)

### **Gegen die soziale Spaltung: VdK startet bundesweite Aktion**

Aus Sicht des VdK profitieren von der guten Wirtschaftsentwicklung längst nicht alle Menschen. Rentner\*innen mit geringem Einkommen, Arbeitslose, Alleinerziehende, Erwerbsgeminderte, Langzeitarbeitslose, chronisch Kranke sowie Menschen mit Behinderung würden immer mehr abgehängt. So erfreulich die gute Konjunktur und die hohe Beschäftigung sind, es bestehe überhaupt kein Grund, sich selbstzufrieden zurückzulehnen. Abhilfe schaffen kann aus Sicht des VdK eine sozial gerechte Steuerpolitik.

[\[Weiterlesen...\]](#)

## **Preise, Wettbewerbe, Fördermittel, Ausschreibungen**

### **Robert-Bosch-Stiftung fördert Praxisprojekte zum Thema "Migration und Teilhabe"**

Mit dem Programm "Miteinander, füreinander! Begegnungen mit Flüchtlingen gestalten" fördert die Robert-Bosch-Stiftung Praxisprojekte, die Begegnungen auf Augenhöhe zwischen Flüchtlingen und der lokalen Bevölkerung vor Ort herstellen. Für eine Förderung bewerben können sich Initiativen aus Kommunen mit einer Einwohnerzahl von bis zu 100.000 oder strukturschwache Regionen. Initiatoren oder Kooperationspartner können kulturelle und soziale Einrichtungen, Gemeinden, Migrantenorganisationen, Flüchtlings(selbst)organisationen, Verbände und Vereine sein. Es kann eine Förderung von maximal 20.000 € beantragt werden. Die Mindestprojektlaufzeit beträgt drei Monate. Die gesellschaftlichen Entwicklungen, die sich vor dem Hintergrund der Flüchtlingszuwanderung abzeichnen, betreffen uns alle. Für das Zusammenleben ist es entscheidend, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und eine solidarische, offene und von Vielfalt geprägte Gesellschaft aufrecht zu erhalten und aktiv zu gestalten. Mit dem Programm "Miteinander, füreinander! Begegnungen mit Flüchtlingen gestalten" fördern wir Praxisprojekte, die Begegnungen auf Augenhöhe zwischen Flüchtlingen und der lokalen Bevölkerung vor Ort herstellen.

[\[Weiterlesen...\]](#)

### **Göttinger Zivilcouragepreis 2017**

Die Bürgerstiftung Göttingen vergibt zusammen mit dem Präventionsrat für die Stadt Göttingen erneut den Göttinger Zivilcouragepreis. Nach der erfolgreichen Würdigung vieler toller Beispiele für couragiertes Handeln in den Vorjahren sind alle Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, hinzusehen, Zivilcourage aufzudecken und Menschen vorzuschlagen, die eine Würdigung verdienen. Die öffentliche Preisverleihung wird am 02.11.2017 um 18:00 Uhr im Alten Rathaus im Rahmen einer festlichen Veranstaltung stattfinden. Vorschläge mit Kurzbeschreibung des Beispiels für Zivilcourage können bis zum 06.10.2017 eingereicht werden. Ebenso kann der Vorschlag auch telefonisch oder per Brief an uns übermittelt werden.

[\[Weiterlesen...\]](#)

## **Termine**

### **Treffen der Menschen mit Armutserfahrungen**

4.10.2017, Berlin

[\[Weiterlesen...\]](#)

Anmeldung: <https://eveeno.com/Armutserfahrung>

### **LandesArmutKonferenz**

17. Oktober 2017, Hannover

[\[Weiterlesen...\]](#)

### IMPRESSUM

Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V.

Geschäftsführer: Thomas Altgeld

Fenskeweg 2

30165 Hannover

Tel.: 0511 / 388 11 89 - 0

Fax: 0511 / 350 55 95

E-Mail: [info@gesundheit-nds.net](mailto:info@gesundheit-nds.net)

Internet: [www.gesundheit-nds.de](http://www.gesundheit-nds.de)

Sollten Sie den Newsletter nicht mehr beziehen wollen, senden Sie einfach eine E-Mail über die "Antworten"-Funktion Ihres E-Mailprogrammes zurück mit dem Betreff: Bitte aus dem Verteiler löschen.

Die Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V. verpflichtet sich, sorgfältig mit Ihren Daten umzugehen und diese nicht an Dritte weiterzugeben.



GKV-Bündnis für  
**GESUNDHEIT**

Gefördert durch die BZgA im Auftrag und mit Mitteln der gesetzlichen Krankenkassen nach § 20a SGB V



#### **Über das GKV-Bündnis für GESUNDHEIT:**

Das GKV-Bündnis für GESUNDHEIT ist eine gemeinsame Initiative der gesetzlichen Krankenkassen zur Weiterentwicklung und Umsetzung von Gesundheitsförderung und Prävention in Lebenswelten. Das Bündnis fördert dabei u. a. Strukturaufbau und Vernetzungsprozesse, die Entwicklung und Erprobung gesundheitsfördernder Konzepte, insbesondere für sozial und gesundheitlich benachteiligte Zielgruppen, sowie Maßnahmen zur Qualitätssicherung und wissenschaftlichen Evaluation. Der GKV-Spitzenverband hat gemäß § 20a Abs. 3 und 4 SGB V die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung damit beauftragt, die Aufgaben des GKV-Bündnisses für GESUNDHEIT mit Mitteln der Krankenkassen umzusetzen.

Weitere Informationen: [www.gkv-buendnis.de](http://www.gkv-buendnis.de)